

Programm der Freien Demokraten im Landkreis Limburg-Weilburg zur Kommunalwahl am 14. März 2021

Zukunft gemeinsam gestalten – im Dialog

Für die Freien Demokraten im Kreis Limburg-Weilburg steht der Mensch mit seinen durch das Grundgesetz verbrieften Freiheitsrechten im Mittelpunkt. Wir bekennen uns mit aller Konsequenz zum liberalen Rechtsstaat und zu den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft sowie zur Eigenverantwortung jedes Einzelnen für sein persönliches Vorankommen und die Gestaltung seines individuellen Lebensweges.

In unserem politischen Handeln setzen wir auf Vernunft, Rationalität, Sachorientierung und Optimismus. Jede Form von Extremismus lehnen wir ab. Wir glauben, dass eine zukunftsweisende Politik zum Wohle der Menschen nur auf diesen Grundfesten gedeihen kann. Ideologische Bevormundung, Verbotspolitik, ausufernde Regulierung sowie ungerechtfertigte Einschränkungen von legitimen Rechten lehnen wir ab.

Insofern verstehen wir uns als DIE politische Kraft der Mitte der Gesellschaft.

Für den Kreis Limburg-Weilburg fokussieren wir uns in diesem Rahmen auf drei Schwerpunkt-Themen: Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur.

Mit unserer klaren Fortschrittsorientierung, dem unermüdlichen Einsatz für größtmögliche Selbstbestimmung und der Schaffung von fairen Spielregeln macht die FDP auch im Kreis Limburg-Weilburg deutlich: Wir stehen für eine Politik, die rechnen kann, und eine unkomplizierte, effiziente und bürgernahe Verwaltung auf allen kommunalen Ebenen.

Limburg-Weilburg als Bildungsstandort stärken

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung.

Von der Kita bis zur Hochschule müssen alle jungen Menschen die gleiche Chance erhalten, alle Kompetenzen zu erwerben, die sie benötigen, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Bildung bedeutet, die Freiheit zu haben, sein Leben zu gestalten. Dazu gehört grundsätzlich auch die freie Schulwahl. Qualität und Elternwille sollen über Erfolg und Bestand einer Schule entscheiden.

Dabei wird auf Kreisebene insbesondere die technische und bauliche Ausstattung der Schulen administriert. Wir Freie Demokraten setzen uns dabei für die bestmögliche und modernste Ausstattung unserer Schulen, insbesondere auch im Hinblick auf die digitale Bildung ein. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Deutschland beim Ausbau der digitalen Infrastruktur (WLAN, Glasfaser, Tablets) an den Schulen weit zurückliegt. Schulen müssen über eine arbeitsfähige digitale Infrastruktur verfügen. Wir Freie Demokraten fordern, dass alle Schulen mit einem Glasfaseranschluss ausgestattet und mit WLAN sowie den notwendigen Lizenzen versorgt werden. Zudem benötigen Schülerinnen und Schüler angemessene digitale Endgeräte. Schüler,

die aus wirtschaftlichen Gründen keinen Zugang zu solchen Geräten haben, sollten unterstützt werden.

Digitale Bildung an hessischen Schulen gelingt nur mit einem professionellen IT-Support auf der Basis festgelegter Standards. Lehrkräfte müssen von der Aufgabe des IT-Supports entlastet befreit werden, um sich wieder auf ihre pädagogischen Kernaufgaben konzentrieren zu können. Hier muss der Kreis für personelle Entlastung sorgen.

Die Corona-Pandemie hat allerdings neben der Notwendigkeit der digitalen Ausstattung der Schulen deutlich gemacht, dass der Präsenzunterricht nicht dauerhaft ersetzt werden kann. Gerade in den Grundschulen ist der Präsenzunterricht die tragende Säule. Wir Freie Demokraten fordern deshalb vom Schulträger, die Hygienesituation an den Schulen, durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen so vorzubereiten, dass sobald wie möglich, der Präsenzunterricht wiederaufgenommen werden kann.

Auch bei der Schulentwicklungsplanung steht für uns der Bildungserfolg der Kinder im Vordergrund. Schulfusionen, wie die im Goldenen Grund, dürfen nicht zum Nachteil für die Chancen unserer Kinder werden. Die Fusion der Schule im Emsbachtal und der Mittelpunktschule in Selters ist gescheitert und wird ohne ein schlüssiges Konzept vollzogen, was beiden Schulstandorten die Chance einer zukunftsfähigen Entwicklung des Schulprofils nimmt. Vor allem die Grundschulen, die von der Anweisung des Ministeriums nicht betroffen sind, sollten aus der Fusion herausgenommen werden, um die Standorte zu sichern und sie nicht mit den organisatorischen Problemen der Fusion zu belasten.

Weiterhin setzen wir Freie Demokraten uns für den Erhalt und die Stärkung der dualen Ausbildungsstandorte im Landkreis Limburg-Weilburg ein. Der Tendenz der Landesregierung, Ausbildungsorte zu zentralisieren und damit die duale Ausbildung in der Fläche zu schwächen, lehnen wir ab.

Eine Erweiterung des Kursangebots der Technischen Hochschule Mittelhessen am Standort Limburg unterstützen wir.

Limburg-Weilburg als starker Wirtschaftsstandort, der die Kreativität des ländlichen Raums entfaltet

Eine leistungsfähige Wirtschaft ist Grundvoraussetzung für erfolgs- und zukunftsfähiges Handeln. Die guten Standortbedingungen in unserem Landkreis gilt es zu erhalten und auch in schwierigen Zeiten gezielt zu stärken. Die Rahmenbedingungen unserer Wirtschaft müssen den ökonomischen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit entsprechend angepasst werden, um die politischen und gesellschaftlichen Handlungsspielräume im Kreis zu erhalten. Es gilt, unserer heimischen Wirtschaft jene Rahmenbedingungen zu schaffen, die wirtschaftliche Erfolge im Kreis erst möglich machen. Deshalb kommt der Wirtschaftsförderung auf Kreisebene eine wichtige Funktion zu. Sie muss eine innovative Lotsenfunktion übernehmen, die Aktivitäten und Potentiale der Städte und Gemeinden bündeln sowie verknüpfen. Kooperationen müssen dabei über alle Ebenen und ungeachtet von Landesgrenzen möglich sein. Das kann und muss die Wirtschaftsförderung auf Kreisebene moderieren. Die Wirtschaftsförderung und die Präsentation unserer Region für Investoren muss so gut vermarktet werden, dass ländlicher Raum zum kreativen Raum wird. Das setzt voraus, dass die technischen und strukturellen Voraussetzungen geschaffen werden.

Wir Freie Demokraten setzen uns ein für:

- die Unterstützung der Ansiedlung neuer Unternehmen durch eine aktive Ansiedlungspolitik in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden.
- den flächendeckenden Ausbau von Glasfasernetz im gesamten Kreisgebiet, auch und gerade in den ländlichen Bereichen.
- den flächendeckenden Ausbau des Mobilfunknetzes.
- den Ausbau und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur im Landkreis.
- einen sinnvollen Ausbau des Radwegenetzes.
- effizientere Genehmigungsverfahren, die sich auf die gesetzlich vorgegebenen Mindestanforderungen beschränken.
- Wachstumschancen durch neue Technologien. Wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz stehen für uns nicht im Widerspruch.
- für die Gründung von Innovationszentren und die Förderung von Unternehmensneugründungen, insbesondere in innerörtlichen Bereichen in Verbindung mit Maßnahmen zur Ortskernbelebung.
- eine bessere Erreichbarkeit des ICE-Bahnhofs durch öffentliche Verkehrsmittel und die Sicherung einer ausreichenden Parkkapazität.
- eine moderne Verwaltung die On- und Offline für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis da ist.
- attraktive und lebenswerte Städte und Dörfer.

Gesundheitsregion Limburg-Weilburg

Zu einer lebenswerten Region gehört gerade in diesen Zeiten eine wohnortnahe, qualifizierte öffentliche Gesundheitsversorgung sowie eine Ärztedichte, die mehr als nur das absolut notwendige Minimum umfasst. Lokale Niederlassungsförderung muss eng mit den Ausbildungsprogrammen von heimischen Universitäten verknüpft werden. Die bestehenden Stipendienprogramme des Kreises für Medizinstudenten sind zwar ein erster Ansatz, reichen aber noch nicht aus. Lokale Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte und überregionale Gesundheitszentren müssen enger miteinander verknüpft werden, besonders während der Ausbildung des medizinischen Nachwuchses.

Nicht zuletzt muss auch unser Gesundheitsamt in die Lage versetzt werden, jederzeit auf Krisenanforderungen reagieren zu können. Die Corona-Krise ist noch nicht vorbei! Noch nie hat

sich in aller Deutlichkeit gezeigt, wie wichtig ein gut ausgebautes Gesundheitssystem für unsere Gesellschaft ist. Die Digitalisierung der Gesundheitsbehörden hat sich in der Corona-Krise als bei weitem nicht ausreichend erwiesen. Die verzögerte Meldung der Infektionszahlen führt zu erheblichen Unsicherheiten auch bei der Bewertung der notwendigen Maßnahmen. Hier bedarf es dringend einer schnellen Verbesserung der Gesundheitsinfrastruktur.

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum Kreiskrankenhaus Weilburg, das weiter modernisiert und ausgebaut werden muss. Die Zukunft und die Entwicklung der Vitos Klinik Weilmünster werden wir intensiv begleiten.

Nicht zuletzt in dieser Gesundheitskrise zeigt sich: Viel zu lang wurde die Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung recht stiefmütterlich behandelt. Sie stand in vielerlei Hinsicht nicht im Mittelpunkt des Interesses der Politik.

Dies muss jetzt vorbei sein. Eine ausreichende Gesundheitsversorgung ist ein gesellschaftliches Grundbedürfnis. Die Gesundheitsversorgung einfach sich selbst zu überlassen, ist falsch. Der Kreis muss sicherstellen, dass es funktioniert, muss die Akteure miteinander verknüpfen und dafür Sorge tragen, dass die Gesundheitsversorgung in unserer Region sichergestellt ist.

Mobilität in Limburg-Weilburg zukunftssicher gestalten

Mobilität ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Sich von einem Ort zum anderen bewegen zu können, ist Teil der persönlichen Freiheit. Daher sehen wir als Freie Demokraten unsere Aufgabe darin, Mobilität zu ermöglichen und zu gewährleisten und nicht, sie einzuschränken. Hierzu gehört auch die freie Wahl des Fortbewegungsmittels – sei es Individualverkehr, öffentlicher (Nah-)Verkehr oder Fernverkehr (ICE-Halt). Einseitige Festlegungen zur Einschränkung der Mobilität lehnen wir ab.

Die Zukunft heißt Vernetzung

Wir als Freie Demokraten sind überzeugt, dass die Zukunft der Mobilität in der Vernetzung liegt. Die Menschen nutzen das Verkehrsmittel mit dem sie schnell, effizient und komfortabel vorankommen. Wir wollen, das ÖPNV und andere Angebote so attraktiv werden, dass die Menschen sie gerne nutzen und sie an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sind.

Dabei ist eine schnelle und einfache Vernetzung der Verkehrsmittel (ICE, Auto, Fahrrad, E-Scooter, Carsharing) der wichtigste Beitrag zur Attraktivitätssteigerung. Im ICE-Gebiet ist bereits ein Mobilitätszentrum entstanden, da hier die Verknüpfung vieler verschiedener Verkehrsträger vom ICE und Auto über den Fernbus bis zum Fahrrad leicht möglich ist. Diesen Prozess wollen wir weiter fördern und ggf. weitere solcher zentralen Anlaufstellen im Kreis ermöglichen.

Diesel Aktuell: Fahrverbote vermeiden

Gerade in unserem überwiegend ländlich geprägten Kreis wird das Automobil immer zum Hauptverkehrsmittel für die meisten Menschen zählen. Die Einschränkung des Zugangs in die Innenstädte - insbesondere in Limburg - lehnen wir deshalb ab. Wir fordern stattdessen eine angepasste Infrastruktur und eine intelligente und digitale Steuerung des Verkehrs. Kurzfristig ist

oberste Priorität, Fahrverbote zu verhindern, zumal diese in unverhältnismäßiger Form die Mobilität einschränken und zudem Vermögenswerte in erheblichem Umfang zerstören würden, ohne die notwendigen Senkungen der Stickoxidwerte in Limburg zu erreichen.

Im Zuge der Sanierung von Straßen plädieren wir dafür, die Chancen der Digitalisierung im Sinne einer „Smart City“ zu nutzen und beispielsweise intelligente Ampelanlagen und Parkplatzsensoren zu installieren. Die Informationen der Parkplatzsensoren sollten in einer Parkplatz-App oder über eine Schnittstelle für App-Anbieter zur Verfügung gestellt werden.

ICE-Halt stärken

Einer der wichtigsten Infrastrukturvorteile der Region bietet der ICE-Halt Limburg Süd. Er ist die Anbindung an die Ballungsräume am Rhein und im Rhein-Main-Gebiet und zum Flughafen. Er bietet aber ebenso die Chance auch Arbeitskräfte und Unternehmen, die insbesondere auf zentrale Standorte angewiesen sind, in die Region zu bringen. Deshalb ist es aus Sicht der Freien Demokraten essenziell, dass die Verbindungen am ICE-Bahnhof nicht schleichend ausgedünnt werden. Es liegt auch an der lokalen Politik sich für einen Erhalt und eine Stärkung des ICE-Halts einzusetzen. Dies kann auch durch eine geschickte Ansiedlungspolitik und eine gute Erreichbarkeit mit ÖPNV und durch ausreichend Parkplätze unterstützt werden.

ÖPNV: Auf Qualität setzen

Der ÖPNV ist eine wichtige Säule der Mobilität auch in unserem Kreis. Besonders entlang der bestehenden Bahnlinien ist der Bahnverkehr eine Alternative. Auch das Busnetz im Kreis wird längst nicht nur von Schülern genutzt. ÖPNV wird attraktiv und von den Menschen angenommen, wenn das Angebot komfortabel und verlässlich ist und die Fahrzeuge gut ausgestattet sind. Wir fordern deshalb eine WLAN-Ausstattung aller Busse und Bahnen im Kreis. Außerdem bedarf es weiterhin einer besseren Abstimmung der Anschlussverbindungen am Knotenpunkt Limburg. Da die Nutzung eines PKWs mit erheblichen Kosten verbunden ist, wird ein attraktives ÖPNV-Angebot auch genutzt werden, wenn hierfür ein angemessener Fahrpreis erhoben wird. Anstatt in weitere kostenfreie Tickets sollten deshalb die Mittel lieber in die Qualität des Angebots investiert werden. Grundsätzliche Vergünstigungen für Schüler und Azubis im Rahmen des Schülertickets befürworten wir hingegen. Langfristig müssen wir den ÖPNV neu denken, um ihn in insbesondere im ländlichen Raum als relevanten Verkehrsträger zu positionieren.

Gerade selbstfahrende Autos bieten zukünftig erhebliche Chancen für den ländlichen Raum, wo allzu oft Busse leer fahren. Solche Fahrzeuge würden es auch älteren und gebrechlichen Personen oder Menschen ohne Führerschein ermöglichen, ein Auto zu verwenden. Damit könnte man den ländlichen Raum als Wohnraum attraktiver gestalten und erhalten. Mit selbstfahrenden Autos könnte in wenigen Jahren ein Großteil der Verkehre im ländlichen Raum zielgerichtet und kostengünstig erfolgen. Dazu muss allerdings die 5G-Infrastruktur ausgebaut werden. Wir Freie Demokraten wollen deshalb, dass der Kreis alle Möglichkeiten (Förderungen EU, Bund, Land, Modellprojekte) nutzt, um den 5G-Standard flächendeckend zu etablieren.

Wasserstoff-Busse für Limburg-Weilburg

Alternative Antriebe sind die Zukunft. Ob Wasserstoff, E-Mobilität oder andere Antriebsformen, wir Freie Demokraten wollen vorausgehen und nachhaltige Mobilität ermöglichen. Die Freien Demokraten in Limburg-Weilburg werden ein Pilotprojekt für Wasserstoff-Busse auf den Weg

bringen. Nutzen wir unsere bereits bestehende Infrastruktur der Wasserstoff-Tankstelle in Limburg und nehmen es selbst in die Hand. Über die Mobilitätswende wird nicht auf Bundesebene entschieden, sondern genau hier vor Ort, von uns Bürgern.

Fahrrad

Das Fahrrad wird für immer mehr Menschen das Verkehrsmittel der Wahl über die touristische Nutzung hinaus. Vor allem weil der technische Fortschritt hin zu den E-Bikes es ermöglicht, größere Distanzen und auch Steigungen zu überwinden. Wir Freie Demokraten wollen, dass das Fahrrad als Verkehrsträger sicher genutzt werden kann. Dabei soll die Nutzung nicht zu Lasten anderer Verkehrsmittel, wie etwa dem Auto, erfolgen. Radfahrer sind üblicherweise auch Autofahrer und Autofahrer auch Radfahrer. Das Fahrrad wird für viele zur Alternative für den Bus auf kurzen Strecken. Daher setzen wir uns für die kurzfristige Errichtung von Abstellplätzen ein, um die Attraktivität des Fahrrads als Verkehrsmittel zu steigern und die Vernetzung von Verkehrsmitteln zu fördern.

Nicht asphaltierte Lücken bei den Fernradwegen wollen wir schließen. Entlang von Kreisstraßen wollen wir die Notwendigkeit einer Einrichtung von Fahrradwegen prüfen, wenn die Straße zur Sanierung oder grundhaften Erneuerung vorgesehen sind und es bislang keine Radverbindung gibt.

Natürliche Lebensgrundlagen in Limburg-Weilburg sichern

Wir Freie Demokraten wollen unsere Umwelt mit den Menschen gestalten und für kommende Generationen bestens erhalten. Wir wollen dabei Umwelt- und Naturschutzaktivitäten übersichtlicher und effizienter gestalten. Ausufernder Regelungswahn, kleinteilige Verordnungen und Dirigismus lehnen wir ab. Wir sehen in Bildung und Innovation den Motor für modernen Umwelt- und Naturschutz. Eine ideologische Verbotspolitik lehnen wir ab.

Wir unterstützen eine Klimapolitik, die auf Basis des Pariser Klimaschutzabkommens wirksame Maßnahmen ergreift. Regionale Alleingänge mit wirkungsloser Symbolpolitik in Limburg-Weilburg sehen wir nicht als zielführend.

Beispiel Energiepolitik. Wir setzen auf Energiepolitik mit Vernunft und auf einen europäischen Emissionshandel.

Um eine Energieversorgung sicher zu stellen, genügt es nicht Subventionen auszubauen, die die höchsten Strompreise in der Welt verursachen. Wir wollen die Energieeffizienz ausbauen und Energieeinsparungen zum zentralen Thema machen.

Einen weiteren Ausbau von Windkraftanlagen, die unsere Kulturlandschaft und unsere Wälder massiv beeinträchtigt, ohne dass die notwendigen Speichertechnologien zur Verfügung stehen, halten wir weiterhin im Landkreis für nicht zielführend sowie ökologisch und ökonomisch für nicht vertretbar.

Auch die Energiepolitik ist für uns Freie Demokraten ein internationales Thema. Wir wollen die Energie dort erzeugen, wo es ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist, statt die Kosten mit nichterfüllbaren Zielen in die Höhe zu treiben.

Im Kontext Windkraft setzen wir uns weiterhin dafür ein:

- Beendigung der Planungen auf Landesebene zur Verdreifachung der Windkraft in Hessen
- Restriktive Genehmigungen von WKA in ökologisch sensiblen Gebieten
- Vetorecht für Kommunen bei der Einrichtung von WKA in der Gemeinde
- Erhöhung der Abstandsgrenzen auf das 10-fache ihrer Höhe zum Schutz von Anwohnern
- Durchführung einer unabhängigen Wirtschaftlichkeitsprüfung

Wir unterstützen eine verfehlte Politik der Energiewende nicht. Wir wollen eine moderne Klimapolitik, modernen Umwelt-, Natur- und Tierschutz.

Wir setzen uns ein für:

- **Die Digitalisierung und die Nutzung der Möglichkeit zum Homeoffice, wodurch ein Beitrag zum Klima- und Umweltschutz geleistet werden kann.**
- **Für die Sicherung der Artenvielfalt und Schutz der heimischen Pflanzen und Tiere.**
Der Rückgang zahlreicher heimischer Tier- und Pflanzenarten führt zu negativen Konsequenzen in vielen Bereichen. Zum Erhalt der Lebensgrundlagen besonders bedrohter Spezies, seien es Insekten, Kleinsäuger, Vögel, Säugetiere und Pflanzen, unterstützen wir deshalb zielgerichtete und effektive Maßnahmen wie zum Beispiel das Anlegen von Blühstreifen/-Wiesen ebenso wie Aktivitäten zum Erhalt bzw. Auf- und Ausbau von Feldgehölzen, naturbelassenen Hecken sowie Obstbaumkulturen. Dazu gehört auch der Erhalt von Feld- und Wiesenwegen, die teilweise zu den letzten und deshalb unverzichtbaren Rückzugsflächen für Insekten, Kleinsäugetieren und Niederwild geworden sind. Auch sollte Artenschutz an öffentlichen Gebäuden und Flächen angestrebt werden. Wir erwarten, dass die öffentliche Hand Vorbildfunktion übernimmt. Für unsere Bürger sollen Vorschläge/Konzepte zur Umsetzung von weitergehenden Maßnahmen zur Sicherung der Artenvielfalt auf privater Basis zur Verfügung gestellt werden.
- **Für weltbeste Bildung im Umweltschutz**
- Wir möchten Verantwortliche, insbesondere Förster, Jäger, Landwirte und Imker [usw.] mit Schülern in Verbindung bringen und gemeinsame Projekte fördern, z.B. „Schule forstet auf“, „Schule macht Biene“.
- **Für den Schutz der heimischen Tier- und Pflanzenwelt**
Eingewanderte bzw. eingeschleppte Spezies, wie z.B. der Waschbär gefährden den Bestand der heimischen Fauna und Flora zusätzlich. Hier unterstützen wir alle geeigneten Maßnahmen, die dem Schutz der ohnehin gefährdeten Arten dienen.
- **Für die Umwandlung versiegelter Bereiche in Grünflächen**
Umweltschutz heißt auch, mit der begrenzten verfügbaren Fläche unseres Landkreises und dessen kontinuierlicher Versiegelung kritisch umzugehen. Es muss die

umweltverträgliche Flächennutzung im Vordergrund stehen, ohne dadurch zur ideologischer Verhinderungspolitik zu werden. Versiegelte öffentliche Flächen sollen identifiziert, klassifiziert und nach Möglichkeit renaturiert werden.

Wasserschutz

Wir fordern und unterstützen die Renaturierung der Wassergebiete zum Hochwasserschutz sowie zum Schutz der Wasservorräte in der Region. Die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie ist dabei ein wichtiger Beitrag für naturnahe Gewässer. Maßnahmen darüber hinaus, insbesondere, die zu einer Sonderbelastung unserer Kommunen führen, lehnen wir ab. Ökologie und Ökonomie müssen dabei im Einklang stehen.

TOURISMUS in Limburg-Weilburg großschreiben

Unser Landkreis ist mit einer wunderschönen Landschaft gesegnet. Die Stärkung des Tourismus ist in unserem Landkreis eine entscheidende Frage der wirtschaftlichen Entwicklung. Gerade die Corona-Pandemie und der damit verbundene anhaltende Boom des Fremdenverkehrs in Deutschland haben zu einer spürbaren Steigerung der Nachfrage nach touristischen Angeboten „zu Hause“ geführt. Wir streben an, diesen Effekt in eine nachhaltige Entwicklung zu überführen. Insbesondere der Ausbau der touristischen Infrastruktur muss den gestiegenen Bedürfnissen angepasst werden.

Wir setzen uns dafür ein:

- den Ausbau des Tourismus mit Schwerpunkt Radfahr- und Wassersport.
- den Ausbau der Fernradwege (z.B. des Lahnradwanderweges).
- die Förderung der touristischen Gastronomie vor allem auch Unterstützung bei der Nutzung der Digitalisierung durch die Wirtschaftsförderung.
- die bessere Vermarktung unseres touristischen Angebotes.

Verantwortungsbewusste Haushalts- und Finanzpolitik – Keine Schulden auf Kosten der nachfolgenden Generationen!

Für uns Freie Demokraten ist eine solide und generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik der Grundstein unserer Kommunalpolitik.

Vieles ist wünschenswert, aber nicht alles finanzierbar! Aber darin kann auch eine Chance liegen! Eine Chance, mit überflüssigen Aufgaben, alten Zöpfen und eingefahrenen Strukturen aufzuräumen. Den Staat auf das Notwendigste zu beschränken – ist ein alter Grundsatz, der allerdings nichts an Aktualität verloren hat. Ganz im Gegenteil!

Wir werden uns konsequent und konstruktiv beim Schwerpunkt Finanzen für die Interessen des Steuerzahlers einsetzen! Nach dem Ende der Corona-Pandemie werden die finanziellen Löcher in den Kassen aller staatlichen Ebenen offenbar werden. Es bedarf deshalb einer klaren, soliden und vernünftigen Haushaltspolitik. Denn nur solide Haushalte erlauben stabile Abgaben.

Die vom Kreis in den letzten Jahren gebildeten Sonderhaushalte mit denen Kommunen Fördergelder aus der ihnen zuvor abgenommenen Kreisumlage erhalten, lehnen wir ab. Bevor Sonderprogramme übers Land verteilt werden, ist aus unserer Sicht die Kreisumlage zu senken und damit den Kommunen Spielräume für ihre Investitionen zu lassen.

Der Landkreis Limburg-Weilburg muss sich im Wesentlichen auf seine Kernaufgaben konzentrieren und diese in der wirtschaftlichsten Art und Weise erledigen, um insbesondere die Städte und Gemeinden von Umlagezahlungen zu entlasten.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten:

- 1.) Eine Aufgabenanalyse in der Kreisverwaltung, nach Möglichkeit begleitet durch ein externes Büro, hat sicherzustellen, dass Doppelarbeit in der Verwaltung unterbleibt und insbesondere eine Konzentration bzw. Rückführung auf die Kernaufgaben erfolgt.
- 2.) Bei den durchzuführenden Aufgaben gilt der Grundsatz: Was die regionalen Unternehmen gleich gut oder besser erfüllen können, soll der Kreis nicht mit eigenen Mitteln und Personal durchführen.
- 3.) Der interkommunalen Zusammenarbeit ist ein höherer Stellenwert als bislang einzuräumen. Der Landkreis soll mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden Verhandlungen darüber führen, welche Verwaltungsleistungen gemeinsam, und daher kostengünstiger, erbracht werden können. Als Beispiele hierfür können genannt werden: Personaldienstleistungen, Finanz- und Haushaltsdienstleistungen, Bau- und Planungsleistungen. Hierbei kann insbesondere bei der Kreisverwaltung, jedoch auch im Einzelfall bei einer Kommune Aufgaben und Personal gebündelt werden.
- 4.) In der Kreisverwaltung ist bei den besonders ausgabeintensiven Bereichen, eine Kosten- und Leistungsrechnung mit entsprechendem Finanzcontrolling einzuführen.
- 5.) Investitionen in Schulgebäude und Straßen sowie deren Unterhaltung und Instandhaltung haben deutlichen Vorrang vor konsumtivem Aufwand und Betriebszuschüssen. Bei allen Investitionen sind die Folgekosten zu beachten.
- 6.) Die Beteiligungen und Eigenbetriebe des Landkreises sind auf ihre Wirtschaftlichkeit hin zu überprüfen.

Abfall

Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Limburg-Weilburg mit seinen Kerneinrichtungen (Abfalldeponie, Kompostierungsanlage und Wertstoffhof) in Beselich hat sich nach der

grundlegenden Gesetzesänderung aus dem Jahr 1995 von einer Gesellschaft zur Durchführung der Abfallbeseitigung ein gutes Stück hin zu einer Einrichtung zur Abfallverwertung gewandelt.

Wir Freien Demokraten begrüßen diese Entwicklung. Wir stellen jedoch mit Verwunderung fest, dass es dem Abfallwirtschaftsbetrieb nicht gelungen ist, über eine Betriebszeit von mehr als 20 Jahren ausreichende Rücklagen für die Rekultivierung und die Nachsorge der Deponie zu bilden.

Wir setzen uns ein für

- die Überprüfung der vorgesehenen Maßnahmen zur Sicherung der Altdeponie nach den neuesten technischen Erkenntnissen sowie
- für die Vermeidung einer kurzfristigen Fälligkeit der Nachsorgemittel durch eine vorzeitige Einstellung der Abfallablagerung auf der Deponie in Beselich.

Bei der Neuausschreibung für das Duale System (Gelbe Säcke) fordern wir eine Umsetzung des vom Kreistag beschlossenen Antrags der FDP-Fraktion auf Einführung eines Wahlrechts für die Gelbe Tonne.

Integrationspolitik, Flüchtlinge, Einwanderer

Immer mehr Menschen flüchten aus ihrer Heimat, weil ihnen auf Grund von ihrer Ethnie, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe Verfolgung droht. Hierbei geht es nicht selten um das Leben dieser Menschen. Für die Aufnahme und den Schutz dieser asylsuchenden Menschen gibt es eine Reihe rechtlicher Grundlagen, wie unser Grundgesetz (Art 16a GG), das Asylgesetz (§3 u. §4 AsylG) sowie das Aufenthaltsgesetz (§ 60 AufenthG). Für Deutschland und Europa ist es eine humanitäre Verpflichtung, diesen Menschen Zuflucht und ein Menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Die Freien Demokraten treten für den Schutz von Hilfesuchenden ein und verteidigen sie gegen die Hetze und falsche Ressentiments. Uns allen muss klar sein, dass die Würde des Menschen unantastbar ist.

Einwanderer

Flüchtlinge, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen, fallen nicht unter das Asylrecht. Diese Menschen suchen eine neue wirtschaftliche Zukunft in Deutschland. Es gibt Menschen in Deutschland, die immer noch leugnen das Deutschland ein Einwanderungsland ist. Es ist auch für diese Menschen Zeit, diese Realität zu akzeptieren. Wer sich in unsere freiheitlich demokratische Grundordnung einfügt und Teil unserer offenen Bürger und Wertegesellschaft sein will, etwas erreichen möchte und die Werte unseres Grundgesetzes akzeptiert und diesen folgt, den unterstützen wir und heißen ihn herzlich willkommen. Für uns Freie Demokraten ist es eine beiderseitige Chance, wenn Menschen in unser Land einwandern. Wir wollen den klugen Köpfen aus aller Welt Zukunftsperspektiven in unserem Land geben und gemeinsam mit ihnen Schlüsseltechnologien in unserem Land voranbringen. Auch qualifizierte Facharbeiter aus aller

Welt helfen uns, den immer größer werdenden Fachkräftemangel in unserem Land auszugleichen.

Toleranz hört da auf, wo das Strafrecht anfängt!

Weltoffenheit, Toleranz, Solidarität und die Unantastbarkeit der Menschenwürde bilden unser liberales Wertefundament. Wir bieten jedem Schutz an, der schutzbedürftig ist. Das Gewähren dieses Schutzes ist aber keine Einbahnstraße. Wer in unserem Land leben möchte, muss sich an unsere freiheitlich demokratische Grundordnung, unser Grundgesetz und unsere Gesetze im Allgemeinen halten. Das sind die Grundbedingungen, um sich in unser Land zu integrieren. Wer sich aber nicht integrieren möchte und wissentlich unsere Gesetze bricht, der muss wieder zurückgeführt werden, nach den aktuell geltenden rechtlichen Bestimmungen. Schwerwiegende Verstöße gegen geltendes Recht zeigen nicht nur fehlenden Integrationswillen, er wirft auch ein schlechtes Licht auf die Mehrheit derer, die alles tun, um in Frieden und Freiheit in unserem Land zu leben.

Wir Freien Demokraten setzen uns im Thema Flüchtlings- und Einwanderungspolitik für folgendes ein:

- Die Kommunen müssen von Bund und Land in allen Themen der Aufnahme und Integration von Asylsuchenden unterstützt werden. Hierzu gehört der Vollkostenausgleich für eine menschenwürdige Unterbringung, sowie die Finanzierung und Förderung von Integrationsprojekten.
- Das Wichtigste bei der Integration und der Teilhabe am öffentlichen Leben ist die Kommunikation. Das Erlernen der deutschen Sprache ist daher Grundvoraussetzung für gelungene Integration. Der Kreis unterstützt dabei durch ein qualifiziertes Angebot an Sprachkursen.
- Sprach- und Kommunikationsfähigkeit sowie das Erlernen von Verhaltensweisen lernt man am besten mit anderen Menschen. Die Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden sowie Einwanderern in eine ehrenamtliche Zusammenarbeit muss gefördert werden.
- Flüchtlinge und Asylsuchende sollen Chancen bekommen, in kommunalen Einrichtungen mitzuarbeiten.
- Flüchtlingen und Asylsuchenden – soweit eine überwiegende Wahrscheinlichkeit für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland besteht – sollen unmittelbar nach Asylantragstellung eine legale Möglichkeit der Arbeitsaufnahme eröffnet werden. Aber immer unter dem Motto gleiches Geld für gleiche Leistung. Flüchtlinge und Asylsuchende dürfen nicht zu Billig-Lohnarbeitern degradiert werden.
- Jedem der bereits in unserem Land lebt, sich integriert, hier arbeitet und für seinen Lebensunterhalt sorgt oder zur Schule geht, sich in Ausbildung oder Studium befindet und

Teil unserer Gesellschaft geworden ist, sollte dauerhaft in Deutschland bleiben und auf längere Sicht die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben können.

- Für Einwanderer muss es endlich ein modernes Einwanderungsgesetz nach australischem, neuseeländischem oder kanadischem Vorbild geben.